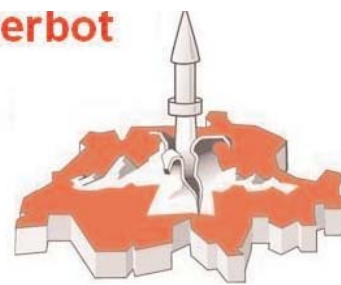


Abstimmungs-Komitee «Ja zum Minarettverbot»
Postfach 23, 8416 Flaach
Telefon: 052 301 31 00, Fax: 052 301 31 03
E-Mail: info@minarette.ch
PC-Konto 90-709288-5
Herzlichen Dank für Ihre Spende!
www.minarette.ch

Minarettverbot

JA



Tatsachen und Meinungen zur Minarettverbots-Initiative

Nr. 23/03.09.2009

Zwangsehe – selbst für Zehnjährige

Dieser Tage las man es in der Zeitung: In Saudi Arabien wurde ein 10jähriges Mädchen gezwungen, zu seinem 80jährigen Ehemann, vor dem es geflohen war, zurückzukehren. Die Zwangsheirat sei zu vollziehen – um jeden Preis.

Denn solche Unmenschlichkeit fordert die **Scharia**, das islamische Recht. Jene «Rechtsordnung», zu deren Durchsetzung das **Minarett** die **politische Speerspitze** ist.

Keine Proteste

Man nimmt diese wahre Geschichte schauernd zur Kenntnis. Und ist empört, dass von Seiten **hiesiger Islamsprecher**, hiesiger Islamorganisationen **kein Wort der Distanzierung**, der Verurteilung von solch unmenschlichem Heiratszwang für ein zehnjähriges Kind zu vernehmen ist. Kein hiesiger Islamsprecher ist offensichtlich bereit, von solch unsäglichem Scharia-Recht, von solch elementarer Menschenrechtsverletzung abzurücken.

Statt Distanzierung vernimmt man Forderungen. Nach **Minaretten**, von denen dereinst der **Muezzin** die **Herrschaft des Islam** ins Land ausrufen soll. Das Minarett hat nichts mit Religion zu tun. Es ist Symbol des **politischen Herrschaftsanspruchs** für Islam und Scharia – die mitunter auch zehnjährige Kinder unter Ehejoch mit achtzigjährigen Greisen zwingt.

Diejenigen, die Minarette fordern, nehmen «**Religionsfreiheit**» in Anspruch. Dort allerdings, wo der Islam in der Mehrheit ist, findet

sich keine Spur von Religionsfreiheit. Dort wird im Namen von «religiösem Recht» vielmehr Unmenschliches von zehnjährigen Kindern verlangt.

Dafür Forderungen

Hier verlangen die, die zu Menschenrechtsverletzungen in Islamländern schweigen «parallele Gültigkeit» für die Scharia. Für **Steinigungen** angeblich unbotmässiger Ehefrauen hat ein bekannter Genfer Islamsprecher ein «**Moratorium**» (zu Deutsch: «Jetzt noch nicht – später aber schon») verlangt. Im Namen der Scharia. Sollten Islam-Anhänger hier je in die Mehrheit gelangen, dann dürfte das «Moratorium» wohl zuende gehen, dann sollen Steinigungen Tatsache werden.

Werden hiesige Islamsprecher zu solch skandalösen Vorgängen zur Rede gestellt, sind sie vor nichtislamischem Publikum allenfalls zu matten Distanzierungen bereit. In ihren eigenen Kreisen distanzieren sie sich allerdings nie z.B. von Zwangsehen, obwohl auch hier in der Schweiz Zwangsehen für muslimische Mädchen «im Namen der Scharia» an der Tagesordnung sind. Stattdessen verlangen sie Minarette – politische Machtsymbole, welche die Funktion der **Speerspitze für die Durchsetzung der Scharia** haben. Auch hier in der Schweiz.

Darauf gibt es nur eine Antwort:

Ja zum Minarettverbot ! us